

Der Proletarier.

Organ des Verbandes der Fabrik-, Land-, Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.

Nº 11.

Diese Zeitung erscheint alle vierzehn Tage Sonnabends. Preis pro Quartal durch die Post bezogen 65 Pf. eingetragen in die Postleistungskarte Nr. 5317.

Hannover,
Sonnabend, 21. Mai 1898.

Inserate kosten pro 3 geplante Zeile
oder deren Raum 15 Pf. Übernahme 10 Pf. Reklamation: Burgstr. 41.
Verlag: Goschede 9A.

7. Jahrg.

Die Erwerbstätigkeit der Kinder in Deutschland.

Die Annahme, daß mit den Bestimmungen der Gewerbeordnung, die Beschäftigung der Kinder betreffend, die Kinderarbeit eine wesentliche Einschränkung erfahren habe, ist nicht zutreffend. Der § 135 der Gewerbeordnung bestimmt nur, daß in Fabriken Kinder unter 13 Jahren nicht beschäftigt werden dürfen und daß die Arbeitszeit der beschäftigten Kinder sechs Stunden pro Tag nicht übersteigen darf. Die Ausnutzung der Kinderarbeit in dem Kleingewerbe, der Hausindustrie und für Dienste in nicht geschlossenen Räumen ist durch keinerlei gesetzliche Bestimmung beschränkt und steht deshalb in schönster Blüthe. Da in den Fabrikbetrieben die Beschäftigung der Kinder nach den Beschränkungen durch die Gewerbeordnung nicht mehr recht rentabel ist, so ist hier wohl ein Rückgang in der Zahl der beschäftigten Kinder eingetreten, doch dürfte die Zahl der anderweitig erwerbstätigen Kinder mehr zugenommen haben, als dieser Rückgang beträgt. 1888 waren nach den Berichten der Gewerbeinspektoren 22 913 (14 738 männliche, 8175 weibliche) Kinder von 12 bis 14 Jahren in Fabriken beschäftigt. 1896 betrug die Zahl 5312 (3343 männliche und 1969 weibliche). Gegenüber dem Jahre 1888 ist also ein Rückgang in der Zahl der in Fabriken tätigen Kinder um 17 601 eingetreten.

Damit kann leider nicht gleichzeitig gesagt werden, daß eine allgemeine Besserung des ungesunden und gemeinschädlichen Zustandes, Kinder in jarem Alter zur Erwerbstätigkeit heranzuziehen, herbeigeführt ist. Es fehlt an einem umfassenden Bilde über die Erwerbstätigkeit der schulpflichtigen Kinder. Zwar ist von dem Reichsantritt eine diesbezügliche Erhebung, die sich jedoch nur auf die gewerblich, nicht aber auch auf die landwirtschaftlich tätigen Kinder erstrecken und mit dem 1. April d. J. abgeschlossen sein sollte, angeordnet. Ob diese Erhebung das nothwendiger Weise erforderliche Bild zur Beurtheilung des Zustandes auf diesem Schieke ergeben wird, läßt sich noch nicht sagen. Daß dieser Zustand aber ein jeder Gesittung Lohn sprechender ist, wird durch eine Zusammenstellung über die Zahl der neben der Schulzeit erwerbstätigen Kinder in einigen Orten, die von Herrn A. Agaho-Rüdorff gemacht worden ist, deutlich erwiesen. Es ist ein düsteres Bild, welches der Verfasser in seiner Schrift: "Die Erwerbstätigkeit schulpflichtiger Kinder" (Verlag von Söhnen-Bon., Preis 80 Pf.) entrollt, ein Bild, welches eine traurige Perspektive auf die Folgen, welche diese Erwerbstätigkeit für das spätere Leben der Kinder haben muß, eröffnet. Seine Zusammenstellung, welche hauptsächlich auf Grund des durch die Volkschullehrer zusammengetragenen, in einzelnen Fällen auch auf Grund amtlichen Materials erfolgt ist, gibt die in folgender Tabelle wiedergegebene Übersicht über den Umfang der Erwerbstätigkeit der Schulkinder.

Schulzeit treppauf, treppab laufend, schon Arbeiten verrichtet, während die in den Wirtschaften beschäftigten bis spät in die Nacht in Dunst und Stauch dem Vergnügen und der Bequemlichkeit der Erwachsenen ihre ganze Kraft opfern.

In Charlottenburg ist festgestellt, daß ein Knabe von vier Jahren als Frühstücksträger erwerbstätig ist. Drei Knaben und ein Mädchen von fünf Jahren und 14. Knaben und vier Mädchen von sechs Jahren sind Zeitungsträger. Mit dem höheren Alter steigt die Zahl der Erwerbstätigen, und finden wir im Alter von zehn Jahren, 22 Knaben und 9 Mädchen als Zeitungsträger und 86 Knaben und 16 Mädchen als Frühstücksträger. Und welche Arbeitsleistung haben diese kleinen zu verrichten? Es hatten in Charlottenburg in zwei Stunden vor der Schulzeit 20 Kinder 51 bis 75 Treppen, ein Kind 120 Treppen und 7 Kinder in einer Stunde 41 bis 60 Treppen als Semmel- und Zeitungsträger auf- und abzusteigen; eine Arbeitsleistung, welche für den ausgewachsenen Menschen, geschweige denn für ein Kind überaus anstrengend ist. In einem Halle begann ein Kind mit seiner Arbeit Morgens 3½ Uhr und setzte sie vier Stunden ohne Unterbrechung fort. Es hatte in dieser Zeit 56 Treppen zu steigen und 4000 m Wegstrecke zurückzulegen.

In den Orten, in welchen nähere Feststellungen gemacht sind, bietet sich ein gleich düsteres Bild.

In Brandenburg waren 79 Kinder im Alter von 7 bis 14 Jahren Morgens von 4 bis 7½ Uhr als Semmelträger tätig. 13 Regelaufläufer im Alter von 10 bis 14 Jahren wurden von 2 Uhr Nachmittags bis 12 Uhr Nachts beschäftigt. In Halle a. d. S. arbeiteten 8 Kinder 45 bis 50 Stunden, 5 Kinder 50 bis 60 Stunden wöchentlich und 1 Kind 8 bis 9 Stunden täglich. In einem Berliner Vorort arbeitete 1 Kind 72 und 1 Regeljunge 65 Stunden wöchentlich. Eine Dauer der Beschäftigung, die wir bei Erwachsenen aus gesundheitlichen und sittlichen Gründen mit aller Entschiedenheit bekämpfen. Geradezu empörend aber ist es, wenn man bedenkt, daß dem Kind neben dieser Arbeitsleistung noch sechs Stunden geistiger Tätigkeit in der Schule zugemutet werden.

Welche Wirkung die Arbeitstätigkeit der Kinder auf die Löhne der erwachsenen Arbeiter ausüben muß, erörtert der Verfasser nicht, doch bedarf es einer solchen Erörterung kaum, da die Kinder doch nur aus dem Grunde beschäftigt werden, weil sie billiger sind, als erwachsene Arbeiter. Dagegen findet der Einfluß, welchen diese Arbeitstätigkeit auf die Lernfähigkeit, den Gesundheitszustand und die Sittlichkeit der Kinder ausüben muß, eine lebendige, überzeugende Schilderung. Mit Recht betont der Verfasser, daß die Vorwürfe über Röthheit und Unsitlichkeit der Arbeiter sehr wenig angetragen sind, wenn Diejenigen, die diese Vorwürfe erheben, die Hand dazu bieren, daß das Gemüth des Kindes bei dieser Arbeit im jaren Alter vergiftet, dem Guten verschlossen und dem Bösen zugänglich gemacht wird. Er stellt fest, daß von 1000 erwerbstätigen Schulkindern eines Ortes 17 zur Zwangserziehung empfohlen sind. Ferner, daß in der Strafanstalt Plötzensee 70 % der jugendlichen Gefangenen ehemals Regel- und Frühstücksträger usw. erwerbstätig waren und die Erwerbstätigkeit schon vom 7. bis 9. Lebensjahr begonnen haben. Diese Zahlen sprechen sehr deutlich und zeigen, welchen Zuständen wir zusteuern, wenn wir nicht alle Kreise, welche eine Gesundung des Volkslebens wollen, energisch für die Beseitigung dieser abscheulichen Zustände einzutreten.

Auch für die Gewerbeleute bietet sich hier ein dankbares Feld der Tätigkeit, indem sie die Wohlstände an's Tageslicht ziehen und ihre Mitglieder anhalten, im eigenen Hause und nach Möglichkeit bei den Nachbarn für Beseitigung der Leben und Gesundheit der Kinder bedrohenden Unsitte zu sorgen. Es soll nicht verkant werden, daß nicht Frivolität oder Gleichgültigkeit, sondern wohl stets die bitterste Noth den Arbeiter veranlaßt, sein Kind zur Erwerbstätigkeit zu veranlassen. Das verkennt auch der Verfasser der genannten Schrift nicht, denn er hält in solchen Fällen eine Unterstützung der Stadt- oder Staatsverwaltung für erforderlich. Er sagt: „Ist Armut die Ursache, dann ist direkte Unterstützung geboten; bei großer Nachlässigkeit trete striktes Verbot und Strafe ein.“

Die Unterstellung der Hausindustrie und des Kleinhandels unter die Gewerbeordnung und die Gewerbeinspektion sind nothwendig. Voraussetzung für eine Besserung der Verhältnisse. Darauf haben Sonderbestimmungen für die Arbeiten der Kinder, welche auch

dann noch nicht unter die Gewerbeordnung fallen, Platz zu greifen. In diesem Sinne müssen die Gewerbeleute wirken, denn ihre Kraft liegt im Wesentlichen mit darin, daß die Arbeiterklasse und ihr Nachwuchs zur körperlichen und geistigen Gesundung kommen.

Zur Frage der Arbeitslosenunterstützung.

Der Kollege Drauwe in Halberstadt schreibt: Nun müssen wir uns bald darüber klar werden, ob die Arbeitslosenunterstützung eingeführt werden soll oder nicht. Denn bevor der Verbandstag dazu Stellung nimmt, sollen doch die Delegirten über die Angelegenheit mit sich im kleinen sein. Ist die Unterstützung einzuführen, dann hat der Vorstand erstens einmal Material zu schaffen über die örtlichen Verhältnisse in allen Zahlstellen durch eine Statistik über Arbeitslosigkeit und über die Löhne, zweitens über das Verhältnis der organisierten zu den nichtorganisierten Kollegen. Das Material muß dem Verbandstage unterbreitet werden. Die Erfahrung, die wir am hiesigen Orte gemacht haben, spricht nicht für Einführung. Die Hauptgründe, die ich für meine Gegnerschaft ansführe, sind folgende:

1. Der niedrige Lohn, der in verschiedenen Berufen bezahlt wird;
2. die Arbeitslosenunterstützung bringt eine Erhöhung der Beiträge, die unsere Mitglieder nicht leisten können. Als Beweis dafür, daß die Mitglieder Gegner erhöhter Beiträge sind, führe ich den Verbandsstag zu Harburg an. Sämtliche Delegirte hätten gegen die Erhöhung der Beiträge auf 15 Pf. die Woche gestimmt, nachdem sie von den Verhältnissen ihrer Mitglieder überzeugt waren; aber die Antragsteller stimmten dafür, nur weil sie die Antragsteller waren. (Die Abstimmung stimmt nun nicht. D. R.) Es ist in erster Linie eine Aufbesserung der Löhne anzustreben.

Sehen wir uns die Beiträge und Eintrittsgelder der verschiedenen Centralstationen an, die Arbeitslosenunterstützung zahlen. Da sind zunächst die Hutmacher mit einem Wochenbeitrag von 45 Pf. und einem Beitrag von 1,25 Pf. dann die Buchdrucker mit 1,10 Wochenbeitrag und 1 Mark Eintritt. Die Kupferschmiede erheben einen Wochenbeitrag von 30 Pf. und eine Beitragsgebühr von 5 Mk. Diese Beiträge vermögen unsere Mitglieder nicht zu leisten.

Noch aus einem anderen Grunde ist vor der Einführung der Arbeitslosenunterstützung zu warnen. Das ist die bei uns gegebene Unmöglichkeit einer Kontrolle. Den angeführten Berufen ist eine Kontrolle leichter möglich, weil die Zahl der darin Beschäftigten nicht so groß ist. Die uns noch fernstehenden würden, um der durch die Arbeitslosenunterstützung gewährten Vortheile theilhaftig zu werden, dem Verbande beitreten und ihn ausnutzen. Dessen finanzieller Staat stände sicher bevor. Die Unternehmer hätten dann gewonnenes Spiel: Heraushebung der Löhne, schlechte Behandlung. Die Thiere stände den Kollegen offen, wenn sie zu mucken magten.

Wie durch die Arbeitslosenunterstützung eine Organisation matt werden kann, beweist folgendes. Der Gewerbeverein der englischen Maschinenbauer hatte im Jahre 1896 439 Zweigvereine mit 52 019 Mitgliedern. Das Gesamteinkommen des Vereins im Jahre vorher belief sich auf 3 473 740 Mk.; die Gesamtausgabe auf 3 610 280 Mk. oder 69,46 Mk. pro Mitglied. Der Verein zahlt an Arbeitslosenunterstützung 38 Mk. pro Mitglied und 32 Mk. an Krankenunterstützung und Beerdigungsgeld aus. An Arbeitslosenunterstützung wurden 1 730 000 Mk. bezahlt, sodass der Verein in finanzielle Schwierigkeiten geriet. Das Vermögen des Vereins betrug Ende des Jahres 1879 5 502 920 Mk. oder 123,46 Mk. pro Mitglied. Ende 1896 betrug es nur noch 2 223 560 Mk. oder 42,12 Mk. pro Mitglied!

Auf Unterstützungen in Krankheitsfällen, bei Invalidität und im Alter kann der Verband, seitdem diese Unterstützungen durch Einrichtungen von Privaten, der Gemeinden und des Staates ihre Regelung gefunden haben, sein Augenmerk nicht mehr richten.

Zum Schluss ist noch zu bemerken, daß heute die Lage der Verbände nicht günstiger ist. Die industrielle Reizverarmung ist größer geworden. Die Bevölkerungsvermehrung der Technik werden mit jedem Tage überschreiter. Überall hält die Maschine ihren Einzug. Die Schärfe der Arbeitslosen wird zu groß, um sie durch Pferde der organisierten Arbeiter erhalten zu können. Es ist unsere Aufgabe, die Organisation zu stärken, den Druck der Fabrikanten abzuwehren mit den Mitteln, die wir anwenden können.

Ort	Arbeits- haupt- gezahl		Davon beschäftigt		In Prozenten		
	ca.	%	ca.	%	ca.	%	ca.
Wachen-Burghausen	—	—	ca. 2000	—	—	—	—
Altenburg (S. A.)	2411	401	408	34,54	32,64	33,59	
Berliner Vororte	11440	1013	—	—	—	9,00	
Berlin-Teltow	20000	—	—	—	—	7,00	
Brandenburg a. S.	17701	215	—	12,14	—	—	
Braunschweig	7564	1848	—	—	24,00	—	
Charlottenburg:							
1. Erhebung 1895	5552	5441	674	304	12,13	5,59	8,86
2. Erhebung 1896	5946	5755	690	336	11,60	5,84	8,72
Gera	2046	2306	248	325	12,12	14,09	13,10
Halle a. S.	3747	405	694	22,27	18,25	20,26	
Hamburg	—	4192	2015	12,90	6,24	9,57	
Hanau	931	940	59	42	6,34	4,46	5,40
Hannover	925	8566	1094	526	12,00	6,00	9,00
Leipzig	—	1500	159	95	—	19,55	
Mühlhausen	—	1880	—	—	—	24,48	
Ostpreußen	—	1938	207	—	—	10,00	
Bojen (2 Schulen)	—	365	201	27,1	14%	21,00	
Nidder	3267	—	600	—	18,36	—	
Schmölln	880	800	336	350	38,00	43,75	40,87
Stolp i. Pom.	1212	1204	152	79	9,56	6,56	8,06
Stettin	12113	—	—	—	—	4,92	

Die Beschäftigung besteht nicht nur in Arbeiten in der Hausindustrie, sondern u. U. auch im Gros- und Zeitungsausdrucken, Regelaufläufern und Kaufmärkten in Wirtschaften. Während die erwachsenen Leute noch bequem in ihren Betten ruhen, müssen die zarten Kinder hinaus in Schnee und Regen, Stunden lang vor den

Auträge zum Verbandstag.

Die Zahlstelle Wandsbek steht am den Verbandstag folgende Anträge:

Erhöhung der Beiträge auf 15 Pf. pro Woche für männliche Mitglieder, für weibliche 10 Pf. Bei Annahme dieses Antrages: Der Prozentsatz für die Zahlstellen ist von 33 $\frac{1}{2}$ auf 25 Proz. herabzusetzen.

Bei Wiederwahl des derzeitigen Vorstandes bleibt der Sitz des Verbandes in Hannover.

Den derzeitigen Vorsitzenden und Kassirer wiederzuwählen.

Das Gehalt des Vorsitzenden von 1350 Mtl. auf 1500 Mtl. zu erhöhen.

Der Ort für den Sitz des Ausschusses wird vom Verbandstag bestimmt und wählt der Ort sowohl den Vorsitzenden, als auch die Mitglieder des Ausschusses.

Sat ein Mitglied Reisegeschenk in Höhe von 25 Mtl. erhalten, so hat dasselbe erst nach Ablauf eines Jahres vom Tage der letzten Auszahlung an wieder Anspruch auf Reisegeschenk.

Zur Aufmerksamkeit der Reisegeschenk-Auszahler.

Unter dieser Stichmarke theilten wir in Nr. 10 des Proletarier mit, daß wiederum einem Mitgliede Reisegeschenk gegeben worden sei, das noch nicht die Karnevalsszeit hinter sich hatte. In Nr. 7 war ein gleicher Fall kritisiert worden. Es hat sich herausgestellt, daß es sich in beider Fällen um ein und dasselbe Mitglied handelt, insgesamt erklärten wir, daß die in Nr. 10 angeführten Orte sich nicht zum zweiten Male der statutären Auszahlung schuldig gemacht haben. — Dem Mitgliede H. Altmann, geboren am 26. Oktober 1839, eingetreten zu Hannover am 26. Juni 1895, hat der Vertrauensmann für Bernburg ein Erzbuch S. II., 35317 ausgestellt, ohne die Eintragungen über die bezogenen Reisegeschenke zu machen. Das Mitglied ist ausgesteuert und kann erst vom 1. November ab Reisegeschenk wieder beziehen. Die Auszahler sollen hieron Notiz nehmen, und im Falle der Versuch gemacht wird, auf das Buch Reisegeschenk zu erheben, das Datum, von dem ab der Bezug wieder beginnen kann, eintragen.

Bon der Agitation.

Auf Veranlassung des Braunschweiger Agitationsteams unternahm die Kollegin Frau L. Bies-Hamburg eine Agitationsfahrt zur Stärkung der Braunschweiger Zahlstellen unseres Verbandes. Die Versammlungen tagten vom 23.—30. April in Braunschweig, Bückeburg, Wolfenbüttel, Schöningen, Helmstedt und Hameln. Man konnte bei dieser Gelegenheit wieder die alte Erziehung machen, daß die Sozialismus zwar Anhänger wünscht, indem sie manchem die Augen öffnet, daß sie aber nicht über einen gewissen Grad hinausgehen darf, sonst stürzt sie ab, macht die Menschen stumpfsinnig und läßt sie an einer Besserstellung ihrer Lebenslage durch eigne Kraft zweifeln und drückt sie auch geistig auf einen immer tieferen Grad herunter. So die Löhne am höchsten, die Arbeitszeit am längsten, was die Mitgliederzahl auch am stärksten und waren auch die Versammlungen am besten besucht. In Braunschweig, wo die Zahlstelle sich dank der unangefochtenen regen Agitation unserer dortigen Kollegen und Kolleginnen in leichter Zeit prächtig entwidelt hat, war auch die bestbeliebteste Versammlung. Mit großer Aufmerksamkeit folgten die Anwesenden den Ausführungen der Referentin. Ihr Einverständnis mit den gemachten Ausführungen gab sich nicht nur durch lebhaften Beifall, sondern auch durch lebhaftes Zeichnen in die Mitgliederlisten und. Es wurden nämlich 40 Aufnahmen den Abend gemacht, so daß die dortige Zahlstelle jetzt ca. 400 Mitglieder zählt und außerdem gibt noch ein recht weites Feld zu bearbeiten. Ebenfalls in Wolfenbüttel war die Versammlung sehr gut besucht. Das Versammlungslatal, die Domschule, war überfüllt. Auf dem Hausrath und hinter dem Fenster standen noch Zuhörer. Auch hier gab sich das Einverständnis mit dem Referat durch häufige Zwischenrufe und lebhaften Beifall und. Einzelheiten ließen sich 12 Personen als Mitglieder. In Bückeburg, wo Entlohnung und Behandlung, besonders in den Betrieben, als Kaiserabteilung zu bezeichnen sind (im Tagelohn erhalten die Arbeiterinnen 12—15 Ml. in 14 Tagen) war die Versammlung leider uns schwach besucht. Eine Anerkennung der Referatin durchgehend, daß die Bestimmungen der Gewerbeordnung sehr oft von den Betriebsfabrikanten übertraten werden und wir deshalb selbst auf die Innehaltung dieser Vorschriften zu dringen hätten, rief den lebhaften Widerspruch des Herrn Ortsvorstellers hervor, der einfach absollte. Jedoch bewies ihr Referatin an der Hand amtlicher Berichte von Seiten der Fabrikinspektoren, daß noch überall und jederzeit solche Übertritte vor kommen, worauf der Herr dann nichts mehr erwidern konnte. Ausgenommen wurden acht Mitglieder.

In Schöningen, wo verhältnismäßig viel Industriebedarf ist, wo also ein reiches Feld für unsere Agitation wäre, war die Versammlung leider recht schwach besucht. In den letzten Jahren sind die Löhne hier fortwährend herabgedrückt worden, und da die Arbeiter und Arbeitnehmer leider zum größten Theil unorganisiert sind, haben die Unternehmer leichtes Spiel, und ihre Kapitalistin reicht sie fortwährend von neuem, die Lage der Arbeiter durch Lohnunterbautungen zu verschlechtern. In einer solchen Fabrik sind z. B. die Löhne der Arbeiter in einer F. von 2,50 Ml. pro Tag auf 2 Ml. herabgedrückt. In einer Preisabschaltung haben die Arbeiter, die fortwährend den Rückenwind ausspielen müssen, weder Schriftstücke, Besprechungen, Rücksprünge, abgesehen die Arbeitsordnung dies vorschreibt. Die Stimmung der wenigen dortigen organisierten Kollegen war aber eine gute und haben sie versprochen, mit aller Energie am Auftakt ihrer Zahlstelle zu arbeiten. Braunschweig ist ihnen den besten Erfolg, damit auch dort bald die Organisation ein Durchbruch gegen die Unternehmen wird. Dagegen hat das Vorgehen der Polizeihörde am Sonnabend, den 30. April, die eine zweite dort einberufene Versammlung, sofern sie über die Bedeutung des 1. Mai sprechen sollte, verhindert, indem sie berief, daß eine Sitzung über die politische Thematik, noch dazu beizutragen, die Einigkeit zu fördern. Ausgenommen wurden hier zwei Mitglieder. In Helmstedt war die Versammlung besser besucht, aber weniger von jenen Arbeitern und Arbeitern, die wir gewinnen wollen. Auch hier ist ein reiches Feld für unsere Agitation, mit leichter an den geeigneten Personen, die die Zeitung übernehmen und die Fortsetzung machen, wenn eine Agitation-Versammlung stattfinden soll. Bei den anwesenden Personen, die mit großem Beifall den Bericht aufnahmen, liegen sich jetzt zusammen. Darunter ein junger, energischer, thätiger Mensch, der in Zukunft hoffentlich die treibende Kraft bilden wird.

Auch das Gewerkschaftskartell versprach den dortigen Kollegen in allen Fällen zur Seite zu stehen. In Hameln war die Versammlung gut besucht; sie in unserm Verband worden. Unter den 200 Mitgliedern gewonnen während sich neun Metallarbeiter und ein Schuhmacher ihren Organisationen anschlossen. Bei unserem Verband wäre diese Versammlung wohl erfolgloser gewesen, wenn nicht gerade die Bearbeitung ihres Standes so viele Arbeitern abgeholten hätte, ja erstickten. Alles in Allem genommen, waren wir mit dem Erfolg dieser Versammlung gut zufrieden sein, wenn in diesen Orten die Zahl der aufgenommenen Mitglieder auch hätte größer sein können, so ist aber an dieser Orten doch der Wunsch unserer Kollegen gefordert worden und werden wir hoffentlich die Früchte in Zukunft ernten. Nicht überall trockt man die Reute im Grunde, an manchen Orten bedarf's mehr, denn anderswo einer harter, manches gesetzten Arbeit, um vorwärts zu kommen. Aber es geht doch vorwärts, wenn auch langsam. L. Z.

Soziale Mundschau.

Die Politisch-Erläuterung der Zahlstelle Linden vor Gericht. Am 11. Mai standen die drei Bevollmächtigten und vier weibliche Mitglieder der polizeilich geschlossenen Zahlstelle Linden unseres Verbandes vor Gericht, um sich wegen Verstoßes gegen die §§ 8 und 16 des preußischen Vereinsgesetzes zu verantworten. Als Zeugen waren geladen 4 Schulen, 1 Schuhmannschaftsmann, 1 Schuhmacher, die die Versammlungen überwacht hatten, die 3 Kolporteur der geschlossenen Zahlstelle und Genosse Leinert, der zwei der inkriminierten Vorträge gehalten hatte. Es ward zunächst Beweis darüber erhoben, ob die Zahlstelle Linden ein „selbstständiger Verein“ sei, dessen Leiter der polizeilichen Anforderung, die weiblichen Mitglieder auszuschließen, hätten nachkommen können; ferner ob die Vorträge politischen Inhalt hatten und darauf abzielten, die Organe des Staates und der Gesetzgebung zu Gunsten der Arbeiter in Bewegung zu setzen. Alsdann nahm der Herr Staatsanwalt das Wort. Er sieht natürlich die Zahlstelle als einen selbstständigen Verein an mit politischen Tendenzen und beantragte für die ersten Angeklagten je 15 Ml. Geldstrafe oder 3 Tage Haft. Erkenntnis auf endgültige Schließung des Vereins, jedoch auf Freispruch der weiblichen Angeklagten. Der Verteidiger Dr. Cohen bestritt, daß die Zahlstelle ein selbstständiger Verein sei und daß sie eine politische Tätigkeit entfaltet habe. Nach Entlastung verhandelte der Präsident das Urtheil. Es geht daraus hervor, daß das Gericht die Zahlstelle als einen „selbstständigen Verein“ ansieht, dessen Ziele nach dem Statut keine politischen seien. Jedoch könnten die Leiter solcher Vereine durch stillschweigende Uebereinkunft an Stelle unpolitischer Betreibungen solche politischer Art treten lassen. Daß das hier vorliege, sei jedoch nicht erwiesen. Einige der Vorträge seien ohne Weiteres als unpolitisch auszuscheiden. Drei seien allerdings politischen Inhalts, aber durch lange Fristen so von einander getrennt, daß nicht angenommen werden könne, die drei ersten Angeklagten hätten durch fortgesetztes Dulden politischer Vorträge politische Zwecke in den Verein getragen. Die Frauen hätten nach eingetretener Schließung weder an einer Versammlung teilgenommen, noch Beiträge bezahlt. Samtliche Angeklagte seien deshalb freizusprechen. Auch die Schließung der Zahlstelle ward aufgehoben und die Kosten der Staatskasse aufgelegt.

Der Arbeitsmarkt im April stand unter der Einwirkung bedrohlicher Veränderungen auf wirtschaftlichem und politischem Gebiete. Während schon die Kriegsbeschränkungen auf dem Arbeitsmarkt Arbeitslosigkeit, Herabsetzungen der Arbeitszeit, Lohndruck in sichere Aussicht stellten, äußerte sich beim Ausbruch des Krieges eine zweite Wirkung, die Erhöhung der Getreidezufuhr, in einer Vertheuerung des Lebensmittelhauses. Die bedrohlichen Veränderungen in der Lage des Arbeitsmarktes drückten sich auch bereits in den Ziffern der Arbeitsnachweise aus, die wir den Berichter der Arbeitsnachweise-Beratungen an die Berliner Monatschrift „Der Arbeitsmarkt“ entnehmen. Es bewarben sich danach um 100 ausgebote Stellen im April d. J. 113,6 gegen 106,8 im entsprechenden Monat des Vorjahres. Daß der kriegerische Druck, der sich auf das Wirtschaftsleben der Völker gelegt hat, in einem so frappanten Andrang der Arbeitssuchenden auf dem Arbeitsmarkt zum Ausdruck gelangte, ist ein Beweis dafür, daß die bisherige Statistik von Angebot und Nachfrage auf dem Arbeitsmarkt immerhin als Thermometer zur Messung größerer Temperaturschwankungen nicht unbrauchbar ist. Von 50 Arbeitsnachweisen liegen vergleichbare Daten vor. Von ihnen weisen im Vergleich zum April des vorigen Jahres 28 (+ 2 ausländische) eine Abnahme des Andrangs und 18 (+ 2 ausländische), darunter jedoch die maßgebendsten Nachweise, eine Zunahme auf.

Aufnahme: Niederrhein, Niedersachsen, Westfalen, Osnabrück, Dortmund, Bielefeld, Düsseldorf, M. Gladbach, Frankfurt a. M., Darmstadt, Heidelberg, Mainz, Freiburg i. Br., Schopfheim, Karlsruhe, Offenburg i. Br., Konstanz, Börringen, Kaiserslautern, Ludwigshafen, Speyer, Saarbrücken, Neunkirchen, Schw. Hall, Heilbronn, Ulm, Fürth i. Br., Augsburg. — (Wien, Winterthur.)

Zunahme: Bremen, Bremen, Frankfurt a. O., Berlin, Halle a. S., Erfurt, Mühlhausen, Eisenach, Kassel, Kranichstein, Wiesbaden, Gießen, Straßburg i. E., Stuttgart, Göppingen, Künzelsau, Ulm. — (Berlin, Bern.)

Über zweizeitige und vielseitige Störungen bei Gewerkschaftern sprach auf der dritten Versammlung

mitteldeutscher Psychiater und Neurologen Dr. Baudenheimer Leipzig. Der Redner machte auf die Gefahren aufmerksam, die der beim sogen. Balkansreich (Elastischmachen) des Gammis verwendete Schweißstoff dem Arbeiter bringen kann. In der Leipziger Gummifabriken sollen, obwohl dort, namentlich gegenüber Berlin und Bayern, relativ strenge gewerbehygienische Vorschriften bestehen, innerhalb 13 Jahren über 50 Schweißstoffen-Bergstürzen vorgekommen sein. Wenn diese Bergstürze auch großenteils vorübergehender und heilbarer Natur sind, so sind dem Redner in seiner Praxis doch eine Reihe schwerer Geistesstörungen vorgekommen, deren Zusammenhang mit der Balkansarbeit nicht zu bezweifeln ist. Baudenheimer schlägt eine Anzahl hygienischer Maßregeln vor, welche die Einathmung der giftigen Schweißstoffdämpfe von Seiten der Arbeiter verhindern sollen. Einige dieser Maßregeln, die auf Anregung der Leipziger Irrenklinik hin von der Gewerbe-Inspektion vor mehreren Jahren angeordnet wurden, haben den erfreulichen Erfolg gehabt, daß in den letzten drei Jahren der Prozentsatz der geisteskranken gewordenen Gummi-Arbeiter auf den zehnten Theil der in den 80er Jahren erreichten Erkrankungsziffer gesunken ist.

Auf dem Fachwerk in Höchstädt a. N., von wo Unfälle sehr häufig gemeldet werden, sind wieder zwei Arbeiter schwer zu Schaden gekommen. Der Frankfurter „Vollsstimme“ wird darüber mitgetheilt: Zwei Schlosser wurden von einem Aufseher mit Aufschrauben von Kesselteilen beauftragt, obwohl der Kessel noch unter Druck stand. Nach Lösung eines Theiles ergoß sich der Inhalt des Kessels — Oleum — über die beiden Arbeiter. Schrecklich verbrannt wurden sie ins Krankenhaus gebracht.

Bei der allgemeinen Bauarbeiter-Aussperrung in Magdeburg sind auch 32 von unseren Mitgliedern beteiligt.

Zu Barmbek hatten die 5 Arbeiter der Behrmann und v. Sprekelsen'schen Selterwasserfabrik die Arbeit wegen einer verweigerten Lohnforderung eingestellt. Sie nahmen, nachdem sie eine Wahl Lohn erhöhung bewilligt erhalten hatten, am Donnerstag, den 10. Mai, die Arbeit auf.

Der Streik der Gilde der Piazzavaarbeiter ist beendet. Die Streikenden sind unterlegen, bis auf 10 haben sie anderwärts Beschäftigung gefunden.

Zu Bremen stellten 5 Arbeiter der Korff'schen Petroleum-Staffinerie die Arbeit ein. Die Ursache war, daß ihnen für eine bestimmte Arbeit, wofür es früher 3,80 Ml. gab, 15 Pf. abgezogen wurden. Auch die Regelung des Altkordlohnes sagte ihnen nicht zu. Nach angebauten Verhandlungen wurde ihnen die Zusage, daß die Streitpunkte zu ihren Gunsten geregelt werden sollen.

Zu Speyer streiken die Kleinschiffer, die den dortigen Ziegeln das Material auf dem Rhein zufahren. Ein Streik war nicht vorgesehen, die Leute dachten vielmehr, daß die Direktion des Ziegelwerke vernünftigen Vorstellungen zugänglich sein würde, um mit den Fordernden im Unterhandlung zu treten. Letzteres hat sie denn auch gethan: ihr Vertreter hat aber ohne blindige Veranlassung die Unterhandlungen abgebrochen. Die Löhne der Schiffer sind seit Jahren bedeutend herabgesetzt worden, während der Preis der Steine stieg. Es haben 47 Kleinschiffer die Arbeit eingestellt, davon haben 7 andere Beschäftigung übernommen, die übrigen verharren im Streik. Die Streikenden gehören unserer Organisation an.

Vor Schluß der Redaktion ging uns folgende Depesche zu: Der Streik ist soeben mit einem glänzenden Sieg der Arbeiter beendet worden.

Ningel.

Der Streik der Metallarbeiter in Torgelow hatte ein erstaunlich gerichtliches Nachspiel. Vor dem Schwurgericht in Stettin standen 38 Arbeiter, welche wegen gemeinschaftlichen Landfriedensbruches angeklagt waren. 26 von ihnen sind insgesamt zu 10 Jahren Zuchthaus und 14½ Jahren Gefängnis verurtheilt worden. Nicht sie, sondern die Fabrikanten waren die eigentlichen Angeklagten. Sie tragen die Schuld daran, daß der Streik in Torgelow überhaupt einzrat, sie tragen auch die Verantwortung für dessen unheilvollen Ausgang. Das sei hier kurz geschildert!

1897, im Winter, wurden bei dem Fabrikanten Menzel — der früher selbst Arbeiter Hirsch-Dünder'scher Stiftung war — mehrere Arbeiter wegen Zugehörigkeit zum Metallarbeiterverband entlassen. Diese Maßregelung, welche sich gegen das Koalitionsrecht der Arbeiter richtete, hatte einen Streik zur Folge. Es gelang vor dem Gewerbegericht durch Bemühungen der Arbeiter einen Vergleich zu Stande zu bringen, welcher besagte, daß die Arbeiter in den Fabriken jede Agitation zu unterlassen haben, daß aber die Fabrikanten nicht weiter klammern.

Dies gegebene Versprechen ist seitens der Mehrzahl der Unternehmer in der schändesten Weise und durch Begehen einer Reihe Ungezüglichkeiten gebrochen worden. Sie tottenen sich zusammen, um dem Koalitionsrecht der Arbeiter den Garaus zu machen. Nur einer, der Fabrikant Dr. Wollgold, blieb dem Kinge fern. Die Fabrikanten forderten, wie weiland die Lauterberger Fabrikanten, daß jeder Arbeiter aus dem Metallarbeiterverband austreten sollte, bei einer Strafe von 10 Ml., welche an die Fabrikasse zu zahlen sei.

Dies Vorgehen der Fabrikanten führte einen neuen Ausbruch des Streiks herbei. Zwei Tage danach fingen die Mitglieder der Hirsch-Dünder'schen Gewerkschaften wieder zu arbeiten an. Die Schlägerei stieg

noch mehr. An einem Abend ist es dann in einem benachbarten Walde, durch den eine Strofe führt, zwischen den Arbeitswilligen und Streitenden zu Streitigkeiten gekommen, wobei ein Mann Namens Vrenel zu Tode kam. Die Beweisaufnahme und ärztliche Gutachten feststellten, durch Ersticken resp. Ertrinken geschlag.

Im Allgemeinen ging aus der Verhandlung hervor, daß der Leiter des Staats, former Massachusetts, stets zur Ruhe gebracht, vor Unbesonnenheiten gewarnt hat, wie überhaupt den Streit in der gelegentlichsten Weise geleitet hat. Dies mußte selbst vom Vorsitzenden anerkannt werden, indem er sagte: „Wenn Massachusetts nicht ungünstigerweise einen Tag abwesend gewesen wäre, das ganze Unglück wäre wohl nicht geschehen!“ Gestellt wurde, daß die Fabrikanten schuld an dem Streit waren und daher auch an der Erregung, welche sich der Masse beeinflußt hatte. Im Ganzen geht aus der Verhandlung hervor, daß ein Schluß gegenüber der rechtswidrigen, brutalen Vergewaltigung des Koalitionsrechtes dringend notwendig ist, damit solche traurige Vorgänge, wie in Torgelow, unmöglich werden. Nicht aber ist es gerechtfertigt, wie der Staatsanwalt betonen zu müssen glaubte, der Frage näher zu treten, ob man die Auswüchse des Koalitionsrechtes nicht beschneiden könne. Sorge man zunächst für ein volles, freies und unbeschränktes Koalitionsrecht, dann werden die Auswüchse von selbst verschwinden. Prüfe man in den maßgebenden Kreisen weiter die Frage, ob es nicht dringend angezeigt ist, gegen diejenigen Arbeitgeber mit Strafen vorzugehen, die ihren Arbeitern das Koalitionsrecht beschränken.

Korrespondenzen.

Biebrich. Am Sonntag, den 8. Mai, Nachmittags 4 Uhr, tagte im Lokale des Herrn Hug auf der Almühleberg der Büros eine öffentliche Fabrik- und Hilfsarbeiter-Versammlung, welche von den Almühler Arbeitern, trotzdem hielt die Antrittsgabe von gegeben hatten, schwach besucht war. Gern hierzu wird eine vom Turnverein veranstaltete Feierlichkeit gewesen sein. Viele Arbeiter laufen lieber solchen Feierlichkeiten nach, als daß sie ihre Pflicht bei der Arbeitserziehung ihnen. Kollege Trebs aus Offenbach referierte in einem einstündigen Vortrage über „Die Notwendigkeit der gewerkschaftlichen Organisation und die Koalitionsfreiheit der Arbeiter“ unter dem Beifall der Versammlungsteilnehmer. In der Diskussion beteiligte sich in erster Linie Frau Träger-Offenbach, welche, da wenig Frauen anwesend waren, die Männer aufforderte, ihre Frauen und Mädchen aufzulässt und den Versammlungen zu zulassen. Darauf forderte Genosse Abel aus Biebrich die Anwesenden auf, sich dem Verbande der Fabrikarbeiter anzuschließen und auf der Almühle eine Zahlstelle zu gründen, wobei er das Statut und die Vortheile, die der Verband bietet, erläuterte. Es fanden sich leider nur sechs Almühler Arbeitern bereit, beizutreten, welche vorläufig als Mitglieder der Biebricher Zahlstelle angehören, bis sie durch Agitation ihrerseits und durch eine später eingerichtete Versammlung in der Lage sein werden, eine Zahlstelle zu errichten.

Bitterfeld. Am 7. Mai tagte unsere Mitgliederversammlung, die die Bevollmächtigten und Revisoren in Vorschlag zu bringen hatte. Kollege Maier brachte den Bevollmächtigten und Revisoren, sowie den Mitgliedern ihre Pflichten in Erinnerung. Nur durch die Pflichterfüllung aller, die sich vor Allem in einer lebhaften Agitation für den Verband äußern müsse, kann die örtliche Organisation erhalten und gestärkt werden. Unter Punkt 3 stellte Kollege Maier den Antrag, eine Generalversammlung abzuhalten, um die Bedeutung des nächsten Verbandstages und die Arbeitslosen-Unterstützung zu besprechen. Der Antrag wurde angenommen. Nach Erledigung lokaler Angelegenheiten wurde die Versammlung geschlossen.

Elmshorn. Am 8. Mai tagte unsere Mitgliederversammlung. Zum 1. Punkt hielt Frau Bieg aus Hamburg das Wort zu einem mit Beifall aufgenommenen Vortrage. Den Kartellbericht gab der Kollege St. Das Kartellstatut wurde mit großer Mehrheit angenommen. Als Delegierter zum Kartell wurde Kollege Schütt gewählt. Der erste Bevollmächtigte gab dann einen Bericht über den Verlauf der Differenzen in den Lederfabriken von Peters und Stein, die zu Gunsten der Arbeiter ausgeglichen worden sind. Darauf wurde bekannt gegeben, daß der Streit der Waller bei Binning nach längiger Dauer beendet sei und eine Lohnverhöhung gezeitigt habe. Zwei Kollegen wurde die Streitunterstützung für acht Tage aus unserem Streifond bewilligt. Als Delegierter zum Verbandstag wurde der Kollege Schütt vorgekehrt.

Fechenheim. Vom der eifrigsten mündlichen Agitation, die einzelne Mitglieder unserer Zahlstelle erfassten, ist es gelungen, zehn neue Mitglieder innerhalb kurzer Zeit zu gewinnen. Durch Verankartung eines wissenschaftlichen Vortrages — zu einem gewerkschaftlichen oder politischen Vortrage ist kein Saal zu haben — gedenken wir durch gleichzeitige Vertheilung der vom Verbandsvorstand herausgegebenen Beiträge und Sitzungen weitere Kämpfer zu gewinnen. Die lezte Mitglieder-Versammlung beschäftigte sich mit der Aufforderung des Vorstandes zu den Wahlen für den Verbandstag. Für unseren Wahlkreis ist Kollegin Träger aus Offenbach in Vorschlag gebracht. Die Maister nahm einen über Erwartungen befindenden Bericht. Die Halle des Gastwirtes Klein vermöchte nicht alle, die gekommen waren, ein wirkliches Arbeiterfest zu feiern, aufzunehmen und viele mußten aus diesem Grunde der Feier fernbleiben. Gen. Schenke hielt eine treffliche Ansprache. Die Gesangvereine „Germania“, „Sängerkranz“ und „Harmonie“ sorgten durch exalte Vorträge von Biedern in recht dankenswerther Weise für Unterhaltung der Gäste. Ein gutbelegtes Orchester sorgte für Aufführung der instrumentalen Programmpunkte. Die Erinnerung an die schöne Feier, welche den bestehenden Organisationen neuen Zuspruch gebracht, wird noch weitere gute Früchte zeitigen. Die zahlreiche Beteiligung läßt auf's Neue den Beweis, daß die große Masse der hiesigen Arbeiter die Idee der Maister und ihre Bedeutung begreift und unterstützt.

Halberstadt. Seit einer Reihe von Jahren sind die Lederfarber in Halberstadt bemüht, ihre wirtschaftliche Lage zu verbessern. Daß dies nötig ist, wird jeder eingestehen, der die umgangene, in seichten, mit übertriebenen Diensten gefüllten Werkstätten zu verrichtende Arbeit kennt. Vor über acht Jahren traten sie zum ersten Male an die Arbeitgeber heran, diese lehnten jedes Fristabkommen ab und so kam es zum Streit. Der Arbeitgeber-Verband lehnte die Unterstützung des Streitenden ab und der Streit verlief ungünstig. Der Bluth der Fabrikanten wuchs, sie ließen ihr Leder ausdrücklich rösten und sperrten die Streitenden auf 6 Monate aus. Die schweren Niederlage entmutigte die Arbeiter jedoch nicht, eifriger dienten sie organisierten sie sich und strebten dem gesuchten Ziel nach. Auf einer der größten von den hiesigen Handelshäusern wurden die Arbeiter wiederum wegen Verkürzung der Arbeitszeit um eine Stunde vorstellig. Als besonders lästig wurde es empfunden, daß im Winterhalbjahr die Arbeitszeit von Monat

gen 7 Uhr bis Abende 9 Uhr dauerte. Die Vorstellungen waren reizvoll, jedoch nicht vor einigen Minuten. Seit den drei Jahren, in denen hier die Zahlstelle unseres Verbandes existiert, der die Bedarfsarbeiter zum größten Theile angehören (der andere Theil ist im Bedarfsarbeiter-Verband organisiert), hat diese sich die Führung der wichtigen Organisationen, besonders des Handelsarbeiter-Verbandes, in immer steigenderem Maße erworben. Die Handelsarbeiter erklärten sich mit den Bedarfsarbeiter-Verband und erklärten, kein Seher sei schneiden, das von unorganisierten Arbeitern gefüllt ist. Amo beschlossen die Bedarfsarbeiter und Bedarfsarbeiter (Weißgerber, Doseier, Buchdrucker u. s. w.) ein gemeinsames Vorgehen. Es wurde eine Kommission gewählt zur Überprüfung der Forderungen. Als die Fabrikanten einsahen, daß sie mit gewissen Kämpfern zu tun hatten, erklärten sie sich zu Unterhandlungen bereit, dadurch wurde ein großer Streit vermieden. Die Erzeugnisse haben sich bereits in vorher Rücksicht bekannt gegeben. Genau vor 8 Jahren, am 29. April 1890 wurden die Bedarfsarbeiter gegen geringe Forderungen ausgespielt, heute auch man ihre Wünsche prüfen; darum ist zu erkennen, was eine Organisation vermag.

Hamburg-Wilhelmsdorf. In unserer am 8. Mai stattgehabten Extra-Mitgliederversammlung wurde im 1. Punkt der Tagesordnung ein Antrag angenommen, die Wahlkreisvereinigung des Kollegen Brey nicht anzuerkennen, und denselben aufzufordern, die Eintheilung statthabergemäß zu behandeln. (Das ist geschehen.) Ferner wurde beschlossen, den Kollegen Brey aufzufordern, uns die Zahl der Mitglieder jener Zahlstellen zu übermitteln, welche nicht auf der Abrechnung im „Proletarier“ verzeichnet sind. Darauf wurden die Kollegen H. und St. als Hilfsklasser, als stellvertretender Kollege Hg. und als dritter Bevollmächtigter Kollege S. gewählt. Alsdann erklärte Kollege S. den Bericht der Herbergskommission. Hierauf wurde beschlossen, am 15. Mai eine Haussitzung vorzunehmen. Auch wurde ein Antrag des Kollegen S. angenommen, lautend, den Kollegen S. aus Elbed und St. M. zur Juniorsammlung einzuladen zwecks Auseinandersetzung einer internen Angelegenheit. Hierauf wurden die Bevollmächtigten beauftragt, 100 Exemplare des Berichtes über die Tätigkeit des Hamburger Gewerkschaftsbezirks zu bestellen und sie unter den Mitgliedern zu verbreiten. Hierauf erfolgte Schluß der Versammlung.

Hatburg. Die Zahlstelle Hatburg hielt Dienstag, den 26. April, eine Mitgliederversammlung im Lokale des Herrn Lamprecht ab. Neben die Verstärkung der Arbeitszeit referierte Genosse Baerer. Redner legte den Werth der verkürzten Arbeitszeit eingehend dar, betonte, daß zur Erreichung dieses Ziels eine strenge Organisation notwendig sei. Für uns heißt es stets, unsere Kräfte zu sammeln, stets eingedenkt sein der Worte, die einst Karl Marx verkündete: „Proletarier aller Länder vereinigt Euch!“ Nur dann werde es uns gelingen, eine verkürzte Arbeitszeit zu bekommen. Im folgenden Punkt zwei referierte Kollege Martens über die Meister. Es sind Matmarken zum Preise von 25 und 50 Pf. angefertigt worden. Die Versammlung verpflichtete durch Schluß jedes Mitglied, eine Matmarke von 25 Pf. zu nehmen. Alsdann erfolgt die Abrechnung vom 1. Quartal. Die Einnahme betrug 2233,50 Mt., Ausgabe: 24,26 Mt. für Kleidgeschäfte, Sotalausgaben 703 Mt., an die Verbandsstelle 1506,24 Mt. Die Abrechnung vom Reservefonds weist eine Einnahme von 1034,86 Mt. auf, die Ausgabe beträgt 776,19 Mt., sodass ein Kassenbestand von 258,66 Mt. verbleibt. Die Abrechnung vom Fonds gegen Lohnreduktionen hat eine Einnahme von 919,85 Mt., dazu der Bestand von 3894 Mt. macht 4813,85 Mt. Vom Ostervergnügen ist ein Überschuss von 26,15 Mt. zu verzeichnen. Die Mitgliederzahl betrug am Schlusse des Quartals: männliche 1712, weibliche 335. Sämtliche Abrechnungen waren revidiert und wurden von der Versammlung genehmigt. Ferner wurde ein Antrag dahingehend angenommen, daß die Mitgliederversammlungen in Zukunft abwechseln bei Lamprecht und bei Blankenburg tagen sollen. Nach Erledigung einiger innerer Angelegenheiten erfolgte Schluß der Versammlung.

Hirschoe. In der Centralherberge tagte am 30. April unsere Mitglieder-Versammlung. Der zweite Bevollmächtigte legte die Abrechnung vom 1. Quartal vor, die die Zustimmung der Versammlung fand. Den Bericht vom Kartell erstattete Kollege B. Nach Erledigung verschiedener innerer Angelegenheiten folgte Schluß der gut besuchten Versammlung.

Kolberg. Am 14. Mai tagte eine öffentliche Versammlung der nichtgelehrten Arbeiter. Der Kollege Albert Brandt legte den Anwesenden die Lage der nichtgelehrten Arbeiter am Orte dar. Der Arbeitsmarkt liegt den Arbeitern gänzlich, sobald die Arbeiter bei Zusammenhalt und Einigkeit sehr wohl eine Lohnverhöhung erzielen können. Daß die Vereinigung notwendig schien, denn auch die Anwesenden einsehen, denn es traten 21 Personen dem Verband bei. Der Bevollmächtigte begrüßte die neuen Kämpfer und forderte sie auf, treu und fest in den Reihen der Organisation anzuhalten.

Leipzig. Die am 26. April im „Robur“ tagende öffentliche Versammlung war wässig besucht. Der Vortrag des Herrn Hänisch über „Die Bedeutung des 1. Mai“ wurde beißig aufgenommen. In das Agitationsteil wurde Kollege Bünisch, als Zeitungsausträger für Alt-Leipzig wurde Kollege Lahnhardt gewählt. Am 17. Mai soll eine Versammlung zur Aufstellung eines Kandidaten für den Verbandstag tagen. Zu den darauf vorzunehmenden Wahlen sollen Stimmen abgegeben werden, die dann beim Zeitungsaustragen wieder einzutragen sind.

Lüneburg. Am 24. April tagte die regelmäßige Versammlung der hiesigen Zahlstelle. Nachdem die Abrechnung vom 1. Quartal revidiert und für richtig befunden worden, wurde der Kollege Günther als Bevollmächtigter vorgeschlagen. Zum Verbandstag wurde eine dreieckige Kommission ernannt, welche sich mit den zum Wahlkreis gehörenden zwei Zahlstellen in Verbindung zu setzen hat. Das Vorschlagene eines Revisoren wurde bis zur nächsten Versammlung vertagt. Nach einer kräftigen Ermahnung an die Kollegen, für den Verband zu agitieren, wurde die ziemlich gut besuchte Versammlung geschlossen.

Luken. Am Sonntag, den 8. Mai, tagte unsere Mitgliederversammlung. Nach dem Vortrage tadelte der Kollege Bürkhardt, daß die Kollegen unser Verlehrstall so mangelfhaft besuchten, und ermahnte er die Anwesenden, die Geselligkeit besser zu pflegen. Zur Förderung des geselligen Verkehrs soll ein Arbeitergelände gegründet werden. Die Anwesenden wurden von dem Bevollmächtigten aufgefordert, nicht zaghaft zu werden, sondern fröhlich und treu für den Verband zu wirken.

Matus. Am 8. Mai tagte im Lokale des Herrn Schwilling unsere Mitglieder-Versammlung. Der Bevollmächtigte gab zuerst bekannt, daß die Räumlichkeiten unseres letzten zweiten Bevollmächtigten nicht so weiter gehen könne, da er ein Fernbleiben von der heutigen Versammlung wieder mit einem wichtigen Grund entschuldigt habe. Deshalb erschien er die Versammlung, einen anderen Kollegen in Vorschlag zu bringen, worauf Kollege Hörscher einstimmig gewählt, und zugleich der Beschluss gefasst wurde, den Kollegen Niedel aufzufordern, bis Sonntag, den 15. Mai, sämtliches Material mit Einnahme abzuliefern. (Dieser Aufforderung ist er auch nicht nachgekommen.) Sodann machte der erste Bevollmächtigte die Kollegen auf den Verbandstag aufmerksam; da hier das ganze Werk unserer Organisation zur Veräußerung steht, so sei ein geeigneter Kandidat auszuwählen. Darauf wurde der Beschluss gefasst, aus den Reihen der Münchner Kollegen einen Kandidaten aufzustellen und über dessen Wahl mit den übrigen Zahlstellen in Verbindung zu treten. Auf Sonnabend, den 21. Mai, wurde eine öffentliche Arbeiterversammlung abberichtet, woran Schluß der Versammlung erfolgte.

Basing. In unserer am 8. Mai abgehaltenen Mitgliederversammlung referierte Kollege Witti über „Zweck und Nutzen des Verbandes“ in sachlicher Weise. Es ist zu bedauern, daß nicht ein grüblerischer Redekreis auftauchte. Da der erste Bevollmächtigte angetreten ist, so brachte die Versammlung den Kollegen Witti als ersten Bevollmächtigten in Vorschlag. Als dritter Bevollmächtigter ward Kollege Albersdorff vorgeschlagen. Nachdem eine Wahlkommission ernannt worden, wurde Kollege Witti als Delegierter zum Verbandstag gewählt.

Potsdam. Im Lokale des Herrn Glaser wurde am 12. Mai unsere Mitglieder-Versammlung abgehalten. Nachdem die Ausnäme von 12 Mitgliedern vorgenommen, erhielt Kollege Schumann, Berlin, das Wort zum Vortrag über „Die Bedeutung des vierjährigen Verbandstages“. Redner behandelte zunächst die Arbeitslosen-Unterstützung. Ihre Einführung werde eine bedeutende Erhöhung der Beiträge zur Folge haben, die jedoch erst nach einer Regelung der Löhne eintreten könne. Aus diesem Grunde würde der Verbandstag wohl auch die Arbeitslosen-Unterstützung ablehnen. Nachdem Redner auch die Arbeitsverhältnisse, die augenblicklich in Berlin und Potsdam vorherrschen, kritisiert, gab die Versammlung die Bösische Land, deren Erfüllung sie vom Verbandstage erwartet. Zunächst mußte der Verbandstag eine Regelung des Verbandes der Streiklisten anstreben. Der Verband darf nur vom Verband aus berufen werden. Es ist vorgesehen, daß zwei, drei Jahrhunderte zugleich Sammelstellen zur Unterstützung ihrer Mitglieder gesetzt hätten, sodaß man Zweifeln ausgesetzt gewesen sei, auf welche Liste man zuerst zeichnen sollte. Mit der Erhöhung der Beiträge sei noch zu warten bis zu einer günstigeren Gelegenheit. Als Delegierter zum Verbandstage wurde dann Kollege Schumann ausgewählt. Als Bevollmächtigter kam Kollege Albrecht in Vorschlag. Die nächste Versammlung tagt wegen der Reichstagswahl am 9. Juni.

Rissen. Sonnabend, den 7. Mai, tagte unsere regelmäßige leider nur schwach besuchte Mitglieder-Versammlung. Zur Verhandlung stand die Arbeitslosen-Unterstützung. Deren Einführung wurde nicht befürwortet, wohl aber die von dem Kollegen J. Rathjen vorgeschlagene Unterstützung in Sterbehäusern. Nach Erledigung verschiedener Angelegenheiten schloß der Bevollmächtigte mit der Aufforderung, für den Verband zu agitieren, die Versammlung.

Nothenburgsort. Am 5. April tagte unsere Mitgliederversammlung im Lokale v. Eitzen. Zunächst hielt die Kollegin Frau Kähler aus Wandsbek ihren Vortrag über „Robert Blum und seine Zeit“. Nachdem Punkt 1 der Tagesordnung erledigt, wurde von Niemann der Antrag gestellt, unsere gemäßigte Kollegin Frau Einde aus der Zahlstelle zu unterstützen, welcher Antrag auch angenommen wurde. Zum Schluß wird noch bekannt gemacht, daß unter Kollege C. Brumm von der Zahlstelle Hamm durch einen schrecklichen Unglücksfall in der Hochdeutschen Reismühle am Leben gekommen ist, und beschließt die Versammlung, das Andenken dieses Kollegen dadurch zu ehren, daß wir ihm vollständig mit Fahnenbegleitung das letzte Geleit geben.

— Am 3. Mai tagte unsere Versammlung im Marienhof. Die Abrechnung vom 1. Quartal bilanzierte in Einnahme und Ausgabe mit 450 Mt. Da Einwendungen gegen die Abrechnung nicht gemacht wurden, konnte in der Tagesordnung fortgeführt werden und erhielt Genosse Kämmer das Wort zu seinem Vortrage über: „Unser Streit und was Lehren aus dieselben“. Dieser Vortrag wurde mit großem Beifall aufgenommen. Dann forderte Redner die schlecht besuchte Versammlung auf, mit allen Kräften dahin zu wirken, daß wir für die Zukunft besser besuchte Versammlungen zu veranstalten haben als bisher. Hierauf wurden 2 Mitglieder ausgeschlossen, weil sie, trotzdem sie in fester Arbeit standen, die Arbeit verließen und den streikenden Arbeitern der Ritterfabrik von Kielow in den Rücken fielen. Nachdem noch einige innere Angelegenheiten erledigt waren erfolgte Schluß der Versammlung. (Anmerkung des Schriftführers: Kolleginnen und Kollegen! Ihr werdet hiermit aufgefordert, die Versammlungen besser zu besuchen, bei solcher Laienhaftigkeit ist es nicht zu verwundern, daß die Unternehmer und Gegner immer mehr und mehr gegen unsere Organisation ihr Haupt erheben. Also beherzigt dies bitte, besucht unsere Versammlungen regelmäßig und beweist, daß Ihr die Absicht habt, Eure Lage zu verbessern.)

Wandsbek. In der Mitglieder-Versammlung vom 11. Mai wurde zuerst das Andenken der verstorbenen Frau Böck in ähnlicher Weise geehrt. Der Bevollmächtigte erstattet dann den Situationsbericht und zieht der Versammlung beißig auf, daß der Streit auf der Gildeberger Waschtagfabrik zu Ungunsten der Arbeitnehmer beendet sei. Es wird beschlossen, die Unterstützung der Gildeberger Kollegen einzustellen. Zum Verbandstag werden eine Reihe Anträge gestellt. (Diese, sowie alle Anträge zum Verbandstage bringen wir unter einer besonderen Rubrik, was die Schriftführer beachten wollen. D. R.) Die Arbeitslosen-Unterstützung soll zur nächsten Versammlung auf die Tagesordnung gestellt werden. Im „Vereinigten“ wird die Wahl des Festkomitees vorgenommen. Bei Beerdigungen wählbarer Mitglieder soll der Platz von einer Kollegin getragen werden, die auch die festgelegte Bergung erhält. Die nächste Versammlung soll durch Versammlungszettel bekannt gemacht werden.

Wesselsburg. Die Versammlung vom 15. Mai war zahlreich besucht. Kollege Rathjen hielt einen Vortrag über „Das heutige Dampfdrehmaschinenwesen“. Redner kritischierte die lange Arbeitszeit, der die Arbeiter an den Dampfmaschinen ausgesetzt seien, dann die Bezeichnung, das Stundenystem, die Behandlung und Belastigung. Besonders die fragwürdige Biersuppe und der Dithmarscher Mehlsüttel fanden verdiente Verdächtigung; ebenso gaben dem Redner die unzähligen Schutzvorschriften noch Anlaß zu Ausstellungen. Als Kandidaten zum Verbandstag zu Kassel wurden die Kollegen Rathjen und Becker aufgestellt.

Wesselsburg. Die Versammlung vom 15. Mai war zahlreich besucht. Kollege Rathjen hielt einen Vortrag über „Das heutige Dampfdrehmaschinenwesen“. Redner kritischierte die lange Arbeitszeit, der die Arbeiter an den Dampfmaschinen ausgesetzt seien, dann die Bezeichnung, das Stundenystem, die Behandlung und Belastigung. Besonders die fragwürdige Biersuppe und der Dithmarscher Mehlsüttel fanden verdiente Verdächtigung; ebenso gaben dem Redner die unzähligen Schutzvorschriften noch Anlaß zu Ausstellungen. Als Kandidaten zum Verbandstag zu Kassel wurden die Kollegen Rathjen und Becker aufgestellt.

Wolfsburg. Am 9. April tagte unsere Mitglieder-Versammlung. Der Bevollmächtigte gab wie die Mitglieder interessante Mitteilungen aus dem „Proletarier“ und aus dem „Correspondenzblatt“ bekannt und forderte die Arbeit der Großfirma Holzbearbeitungsfabrik auf, besser auf dem Posten zu sein. Die Fabrikleitung hat schon versucht, die verkürzte Arbeitszeit um eine Stunde zu verlängern. Den dortigen Arbeitern würde es nicht zur Ehre gereichen, wenn der Versuch der Fabrikleitung gelänge.

— In der Versammlung am 23. April wurde die Abrechnung vom 1. Quartal vorgelegt, dann die Einberufung des Verbandstages verlesen und beschlossen, mit den Zahlstellen des 25. Wahlkreises wegen Aufstellung eines Kandidaten in Verbindung zu treten. Nach Erledigung lokaler Angelegenheiten wurde die Versammlung geschlossen.

Werbst. Am 8. d. Mts. tagte unsere Mitgliederversammlung. Die Abrechnung vom 1. Quartal wurde vorgelegt; von der Einnahme, die 139,47 Mt. beträgt, sind 99,28 Mt. an die Verbandsstelle abgezahlt worden. Von den Sotalausgaben ist der größte Theil zur Anschaffung von Büchern verwendet worden. Einwendungen wurden nicht erhoben. Alsdann wurde über die Beschickung des Verbandstages gesprochen. In einem Briefe aus Dessau wurde uns die Wahl des Kollegen Heinrich empfohlen. Wir teilten aber nicht die Anschauungen, die der Kollege über die Arbeitslosenunterstützung hält. Es wurde beschlossen, die nach Rathjen für den 21. Mai einberufene Konferenz abzuwarten. Aus dem Bericht über das Bibliothekswesen ist hervorzuheben, daß der Bücherschrank nun fertig gestellt ist. Es wird beschlossen, ihn beim Bibliothekar Adolf Trebitz aufzustellen.

